

# Zweite Dienstwaffe rückt in den Fokus

Ministerium informiert über Schüsse in Grünau

Von Frank Döring

Hat ein Polizeibeamter am 21. April dieses Jahres in Grünau unge rechtfertigt auf einen Autofahrer geschossen? Nach einem LVZ-Bericht im August hat der noch immer ungeklärte Fall nun auch den Landtag erreicht. Auf eine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (Linke) informierte Innenminister Roland Wöller (CDU) nun zum Stand der Ermittlungen. Demnach sollen jetzt beide Dienstwaffen der an dem Einsatz beteiligten Beamten auf eine etwaige Schussabgabe überprüft werden, weil es noch immer erhebliche Widersprüche in den Aussagen von Polizisten und Autofahrer gibt.

An jenem Abend hatte die Polizei in dem Stadtteil mehrere Straßen abgesperrt. Der Grund dafür: Wegen eines Großbrandes an den Schönauer Lachen war ein Lösch-einsatz abzusichern. Ein Funkstreifenwagen mit eingeschaltetem Blaulicht stand auch im Bereich Lützner Straße/Brünnerstraße, so die Polizei. Diese Absper-rung soll ein Autofahrer gegen 22.40 Uhr ignoriert und den quer-stehenden Streifenwagen umfah-ren haben, um weiter auf der Lütz-ner Straße stadtauswärts zu fahren. Dann drehte der Mann um. Die Polizei habe auf die Reifen seines Autos geschossen, weil es zu einer Gefährdung der Beamten gekom-men sei, teilte die Behörde mit.

Im Verfahren schilderte der 27-jährige Fahrer den Ablauf in we-sentlichen Punkten anders, be-nannte auch Zeugen. Sein Anwalt Andreas Meschkat hält den Schusswaffeneinsatz für nicht ge-rechtfertigt, weil von dem Pkw sei-nes Mandanten keine Gefahr aus-gegangen sei und erstattete des-halb Strafanzeige. Die Polizei habe „ohne einen rechtfertigenden Grund“ auf das Fahrzeug geschos-sen. Aufgrund dieser Anzeige läuft seit 13. August ein Ermittlungs-verfahren gegen beide Beamte – der Tatvorwurf: versuchte Körperver-letzung im Amt. Wie sich heraus-stellte, hatte ein Projektil aus der Dienstwaffe Tür und Türverklei-dung des vorbeifahrenden Autos durchschlagen und den Fahrer nur knapp verfehlt.

Während gegen ihn ein Ermitt-lungsverfahren wegen gefährli-chen Eingriffs in den Straßenver-kehr eingeleitet wurde, wird nun auch gegen die Polizisten ermittelt, „um zur Tataufklärung weitere Er-mittlungsmaßnahmen vornehmen zu können“, so das Innenministe-rium. Ausgewertet werde unter an-derem das Handyvideo eines Zeu-gen vom Tatort. Zudem fließen Er-gebnisse zur Untersuchung des Tatorts sowie des Autos ein. Und es soll laut Wöller nunmehr auch die Waffe des zweiten beschuldigten Polizeivollzugsbediensteten untersucht werden, ob aus dieser Schüsse abgegeben wurden.

sch

Unse  
Ein Qu

GRA

Guts  
für eine  
Beratun  
Liegesin

034

WWW